Krakauer Zeitung.

Nr. 19. Samstag, den 24. Jänner **1863.**

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet.
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Nkr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Karl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 115/praes.

In der zweiten Hälfte des Monats Dezember 1862 sind für die Abbrändler in Tarnobrzeg nachstehende Unterstützungsbeiträge eingeflossen:

Oesterr. Währ.	fl.	kr.
Vom k. k. Bezirksamte in Melnik	5	—
Vom k. k. Bezirksamte in Skotschau	—	30
Von den k. k. Bezirksämtern in St. Gallen, Leoben und Drachenburg	12	59½
Von den k. k. Bezirksämtern in Neumarkt und Leibnitz	1	86
Von dem k. k. Bezirksamte in Feistritz	6	33
Von dem k. k. Bezirksamte in Frohnleiten	2	94
Vom k. k. Kreisamt in Königgrätz	3	67
Von den k. k. Bezirksämtern in Korneuburg und Raabs	3	65
Von der k. k. Statthalterei in Brünn	206	21
Von der k. k. Landes-Regierung in Salzburg	32	63
Vom k. k. Bezirksamte in Klagenfurt	3	20
Vom k. k. Bezirksamte in Kötschach	4	45½
Vom k. k. Bezirksamte in Greifenburg	9	52
Vom k. k. Bezirksamte in Hof	1	50
Von der k. k. n.-österr. Statthalterei	26	95
Von der Diözese Spalato	13	—
Vom k. k. Bezirksamte in Aussee	7	4
Von den k. k. Bezirksämtern in Eisenerz und Lichtenwald	2	76
Vom k. k. Bezirksamte in Liezen	6	13
Von der k. k. Statthalterei in Linz	315	79½
Von mehreren Gemeinden des Bezirkes Mogiła	22	61
Vom k. k. Bezirksamte in Uścieszko	9	67
Zusammen	697	81½
Hiezu die bereits ausgewiesenen	15007	17
220 Koretz Getreide, 23 Koretz Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl		
somit im Ganzen	15704	98½
220 Koretz Getreide, 23 Koretz Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl.		

Diese Spenden wurden ihrer Bestimmung bereits zugeführt.

Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.
Krakau, am 16. Jänner 1863.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 24. Jänner.

Die „Koburger Ztg.“ vom 22. Jänner dementirt energisch das Thüringer Telegramm des „Dresdner Journ.“ über die Throncandidatur Griechenlands und die Succession hinsichtlich der Coburger Regierung. Auch das „Pays“ behauptet, der Herzog von Coburg habe die Annahme des griechischen Thrones auf das Bestimmteste zurückgewiesen. (S. N. N.)

Der Marschall Magnan begibt sich nach Brüssel, wie es heißt, mit einer auf die griechische Frage bezüglichen Special-Mission.

Das Genueser „Movimento“, das prononcirteste Organ der Actionspartei, nennt den von dem abgetretenen Marineminister in Turin, Ricci, als Veranlassung seines Rücktrittes angegebenen Grund, daß er das Vertrauen seines Wahlbezirkes verloren zu haben glaube, einen bloßen „Vorwand.“ Die wahre Ursache, sagt dieses Blatt, sei die unglaubliche Verwirrung und hoffnungslose Unordnung, die sich bei jenem Ministerium vorfand, wobei es sich folgende characteristische Aeußerung entschlüpfen läßt: „Die Thatsachen beweisen, daß während Oesterreich es seit einiger Zeit gelungen ist, eine ansehnliche Marine zu schaffen, Italien heute noch an Seemacht nicht viel mehr besitzt, als das ehemalige Piemont.“

Bianchi veröffentlicht diplomatische Actenstücke aus dem Jahre 1849 die Antonini, der damalige Gesandte Neapels in Paris, an den Cardinal Antonelli gerichtet hat. Aus diesen Actenstücken geht hervor, daß Drouyn de Lhuys damals Antonini sagte, der Papst müsse liberale Institutionen einführen, sonst würde sich Frankreich an die Spitze der italienischen Bewegung stellen.

Der „Piemonte“ dementirt die von mehreren italienischen Blättern gebrachte Meldung, daß Se. Majestät der König Franz eine französische Vermittlung behufs der Wiedererlangung seiner von der piemontesischen Regierung mit Beschlag belegten Privatgüter angesprochen und der französische Gesandte in Turin im Namen des Kaisers diese Rückerstattung verlangt habe. Wir wissen ganz genau, schreibt der „Piemonte“, daß König Franz II. seine Familiengüter von der Regierung in Turin nie reclamirt hat und auch nie reclamiren wird.

Zur dänischen Frage wird der „K. Z.“ vom Rhein geschrieben: Wir lassen es dahingestellt sein, ob das Dementi der Nachricht vom Eintreffen einer französischen Note bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit in Fädrelandet richtig sei, glauben aber versichern zu können, daß die französische Note, ob nun bereits eingetroffen oder noch erwartet, im Wesentlichen allerdings eine gleiche Richtung wie die englische und russische einhalten dürfte. Sollte sich Frankreich etwa auch nicht die Russell'schen Vorschläge speciell aneignen, so ist doch so viel sicher, daß es dieselben nicht verwirft. Herr Drouyn de Lhuys mag vielleicht etwas längere Zeit zur Prüfung der fraglichen Angelegenheit gebraucht haben, und eben so mag es nicht ganz leicht gewesen sein, sich nicht von der traditionellen französischen Politik Dänemark gegenüber leiten zu lassen; aber so viel darf für ausgemacht gelten, daß es sich bei der Einmischung des französischen Cabinets nicht mehr um eine Unterstützung der dänischen Prätentionen und Ausflüchte handelt, sondern um ganz ernst gemeinte Rathschläge, die Zahl der brennenden Fragen nicht um eine neue zu vermehren.

Um eine gewisse Abwechslung in die öde Gegend der dänischen Frage zu bringen, lassen sich „Weser Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und ähnlich gesinnte Blätter mit fast übereinstimmenden Worten gewisse mysteriöse Andeutungen zumitteln bezüglich einer angeblichen Wandelung der österreichischen Anschauungen hinsichtlich des deutsch-dänischen Conflicts. Den nächsten Vorwand dazu bietet ein Artikel des „Botschafter“ über die von diesem Blatte zuerst veröffentlichte jüngste Note des Herrn Hall an Lord Russell, und für die persönliche Ansicht des Verfassers jenes Artikels wird das österreichische Cabinet gewissermaßen verantwortlich gemacht. Nach der „G. C.“ liegt auch nicht der geringste Anhaltspunkt zu solchen Conjecturen vor.

Die Kopenhagener Blätter schildern mit großer Ausführlichkeit das skandinavische Fest, wie es alljährlich von den drei nordischen Königreichen behufs engerer Verknüpfung der skandinavischen Völker unter einander gefeiert zu werden pflegt. Zum ersten Male haben in diesem Jahre auch Nichtangehörige der Universitäten, wie Kaufleute, Militärpersonen 2c. an der Feier Theil genommen.

De Vrière tadelte kürzlich in der Kammer in nachdrücklichster Weise das Verhalten der holländischen Regierung in Sachen des Scheldezolles, den die belgische Regierung in keinem Falle lange fortzahlen dürfe, wie auch die Unterhandlungen mit Holland auslaufen sollten. Wie verlautet, soll das niederländische Cabinet Aufklärung über die Rede des Herrn de Vrière, welcher von Seiten der Regierung nicht widersprochen worden, erbeten haben.

Briefe aus New-York berichten von großer Niedergeschlagenheit, die in den dortigen Handelskreisen herrscht. Die jüngsten Schlachten von Murfreesborough und Vicksburg werden als die Kennzeichen eines Kampfes angesehen, dessen Beendigung nur durch die Erschöpfung beider Parteien möglich erscheint. Eine andere Art der Friedensherstellung ist nicht abzusehen.

Wir haben kürzlich mitgetheilt, der Kaiser Napoleon bahne einen neuen Vermittlungsversuch in den Vereinigten Staaten an, diesmal aber nicht wie bei dem mißglückten ersten Versuche des Herrn Drouyn de Lhuys auf der Basis eines Waffenstillstandes und mit dem Hintergedanken, die Unabhängigkeit und Anerkennung des Südens herbeizuführen, sodann auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der Union. Ein inspirirter Artikel des „Constitutionnel“ schließt die vollständige Rechtfertigung dieser Angabe in sich ein; denn das gouvernementale Blatt, welches bisher immer den Waffenstillstand empfohlen und die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Union behauptet hatte, fragt heute, ob es denn nicht thunlich sei, daß, ohne Suspendirung der Feindseligkeiten, eine Conferenz von Delegirten organisirt werde, deren Aufgabe wäre, eine Aussöhnung vorzubereiten und zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Union fortbestehen könne.

Aus London gehen der „G. C.“ von wohlunterrichteter Seite folgende inhaltsschwere Zeilen zu: „Eine wichtige Bedingung zum Verbleiben auf der Höhe einer Weltmacht, wie England sie ist, bildet die möglichst kurze Verbindungs-Linie mit Ostindien. Wir haben Ursache zu glauben, daß die Studien, welche Sir Henry Bulwer jüngst in Egypten gemacht hat, den Irrthum, dem die britische Regierung auf die Autorität Stephenson's hin bisher huldigte, daß nämlich die erfolgreiche Durchsetzung der Landenge von Suez eine Chimäre sei, gänzlich — nachdem man es in London privatim ohnehin schon anders wußte — zerstreut haben. Dies ist ein Moment, der Beachtung verdient, und die neueste Politik Englands in Bezug auf Griechenland einigermaßen erläutert.

In den Pariser Regierungskreisen ist oder stellt man sich beruhigt über die Eventualitäten, welche die Thronbesteigung Ismail Pascha's für die Stellung der französischen Politik im Orient mit sich bringen kann; man will sich schon vor dem Tode Said Pascha's mit seinem Nachfolger über die wichtigsten Angelegenheiten verständigt haben. Ueber die Zukunft des Suez-Canals hätte man jedoch noch keine bestimmte Auskunft.

In Folge des Absterbens von Said Pascha wird auch die Lösung der zwischen der Gesellschaft des Suezcanals und der egyptischen Regierung schwebenden Geldfrage in Angriff genommen werden. Said Pascha besaß Actien, welche eine Totalsumme von 80 Millionen repräsentiren, war aber niemals zu bewegen gewesen, auch nur den kleinsten Theil dieser Summe zu zahlen, und behauptete sogar, er schulde sie nur als Privatmann, und die Gesellschaft habe an den Staat keine Forderung zu machen. England hatte ihn in dieser Haltung bestärkt, und die Gesellschaft, hinter der Frankreich steht, mochte die Rücksichten, die sie dem Vicekönig, als dem eigentlichen Urheber und Protector des Unternehmens, schuldig zu sein glaubte, nicht aus den Augen verlieren. Die Dinge werden jetzt eine andere Wendung nehmen, und man glaubt, daß die Unterhandlungen, welche jedenfalls eingeleitet werden, in letzter Instanz zu Gunsten des Suezcanals auslaufen müssen, da England selber auf seine Opposition gegen die Unternehmung verzichtet hat und bei der eventuellen Negociirung der Actien des Vicekönigs sich einen großen Theil derselben aneignen wird.

Die gegenwärtig in Wien anwesenden drei Mitglieder jener Commission, welche in Folge des Constantinopler Protokolls den Rayon der Belgrader Festung festsetzen soll, nämlich der bei der französischen Botschaft als Militär-Agent fungirende Commissär Graf d'Andlau, der kürzlich aus Constantinopel angekommene englische Commissär Capitän Gordon und der letzthin eingetroffene russische Oberst Tiedeböhl dürften sich, wie die „Gen.-Corr.“ meldet, baldigst und wohl gleichzeitig nach Belgrad begeben. Da die Instructionen der Herren Commissäre sich ausschließlich auf die rein militärische Frage beziehen, diese aber nach dem Ausspruche von Fachmännern sich leicht erledigen läßt, so glaubt man einen raschen Abschluß dieser Commissionen erwarten zu dürfen.

„La France“ bestätigt, daß Bismark dem Grafen Rechberg eine Zusammenkunft vorgeschlagen habe; die Zusammenkunft ist bedingt durch das Votum des Bundestages über das Delegirten-Project. Die Grundlagen der österreichischen Propositionen über die Bundesreform sind: Aufrechterhaltung einer gesicherten Stellung Deutschlands; die Integrität der Souveränetät der Mittelstaaten; Annahme des Princips von Wahlreformen. Der preußische „Staatsanzeiger“ vom 22. d. dementirt dagegen die Behauptung, daß die Initiative zur mündlichen Besprechung Bismarck's mit Rechberg von hier ausgegangen sei.

Die „Presse“ hält in ihrem Abendblatte vom 21. d. M. gegen ein Dementi des „Dresdner Journal“ ihre frühere Behauptung „von Vermittlungsvorschlägen“ des Freiherrn v. Beust in der Delegirtenfrage aufrecht und fügt hinzu, daß diese Vorschläge, welche übrigens nur eine Erweiterung der Executive bezweckten, in Wien verworfen wurden. Die „W. Z.“ erklärt dagegen, daß keine solche Vermittlungsvorschläge in Wien gemacht worden sind.

Landtags-Angelegenheiten.

Die „Gen. Corr.“ vertheidigt den Grundsatz der Zulassung der Regierungs-Commissäre zu den Sitzungen der Landtagsausschüsse und dies vom Standpunkte des Rechts wie von dem der Utilität. Die „Gen.-Corr.“ schreibt: Wird diese Frage principiell und objectiv in das Auge gefaßt, so ergibt sich vor Allem unzweifelhaft, daß es sich in ihr nicht um eine bloße innere Angelegenheit des Landtages, sondern direct um Befugnisse und Rechte der Regierung handelt, welche durch die Geschäftsordnung der Landtage weder interpretirt, noch weniger aber geschmälert werden können. Der Regierungscommissär für den Landtag ist offenbar ein außerhalb des Landtages stehender Factor, dessen Beziehungen zu dem Letzteren durch die Landesordnungen normirt sind und daher durch die Geschäftsordnung eines Landtages in keiner Weise einseitig alterirt werden können. Die Landesordnungen räumen aber den Länderchefs oder den von denselben abgeordneten Commissären ausdrücklich das Recht ein, im Landtage und daher auch in den dazu gehörigen Ausschüssen zu erscheinen, und dort jederzeit das Wort zu nehmen. Vom Standpunkte der Utilität stellt sich die Sache noch klarer dar, da ja die Anwesenheit des Vertreters der Regierung, der durch seine Theilnahme an der Berathung alle nöthigen Aufklärungen zu ertheilen Gelegenheit hat, im Interesse der Ausschußberathung selbst und daher eine Grundbedingung für eine erfolgreiche Thätigkeit der Landtage ist. Wollte nur zugestanden werden, daß die Organe der Regierung bei den Ausschußberathungen nur über besondere Einladung erscheinen können, dann würde der Regierungscommissär zu der Rolle eines Sachverständigen herabsinken, es würde ein Verfahren Platz greifen müssen, welches wohl Jedermann mit der Würde und Autorität der Regierung geradezu unvereinbarlich finden wird. Der Befürchtung Raum zu geben, daß die Anwesenheit des l. f. Commissärs die Ausschüsse und ihre Berathungen beirren oder beeinflußen könnte, hieße die Unabhängigkeit der Landtagsabgeordneten in Zweifel stellen.

Galizischer Landtag. Lemberg, 22. Jänner. [7. Sitzung.] Der Vorsitzende, Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die heutige Sitzung um ¼12 Uhr V. M. Anwesend die Herren Reg.-Comm. k. k. Statthalterei-Räthe v. Mravincics und v. Possinger, dann 127 Abgeordnete.

Tagesordnung: 1) Protokoll der letzten Sitzung, 2) Antrag des Landesausschusses in Betreff der Stipendien-Stiftungen, 3) Entwurf des systemisirten Standes und der Besoldung der Beamten und Diener des Landesausschusses, 4) Antrag des Landesausschusses, die Verwaltung der Landes-Institute und Fonde betreffend, und 5) Antrag des Landesausschusses wegen Errichtung einer Hufschmiedschule in Lemberg.

Nach Verlesung des Protokolls, welches anstandslos genehmigt wird, theilt der Landmarschall mit, daß er in Gemäßheit des §. 10 des Reglements den Abgeordneten P. Ginilewicz und P. Ant. R. v. Dobrzański bis zum 26. d. Mts. Urlaub bewilligt hat. Auch die Abg. Breuer und P. Lewicki sind beim Präsidium des Hauses um Urlaub eingeschritten, welchen ihnen das Haus bewilligte. Ferner zeigt der Landmarschall an, daß 13 Petitionen an das Landtags-Präsidium eingelangt sind, deren Inhalt der Secretär Dr. Zyblikiewicz verliest. Diese Petitionen sind: 1) Der Magistrat der Stadt Bochnia ersucht Namens der Stadt-Commune durch den Abg. Freiherrn v. Baum um die Erwirkung des Rechtes, einen Landtagsabgeordneten wählen zu dürfen. 2) Die Lemberger Handwerker-Jugend bittet durch den Abg. Dr. Ziemiałkowski, die Statuten des wechselseitigen Unterstützungs-Vereins bei der Regierung unterstützen zu wollen. 3) Abgeordneter Fürst Adam Sapieha überreicht das Gesuch der Contribuenten zu der Przemysl-Sanoker Landstraße in Betreff des Baues dieser Straßenstrecke. 4) Abgeordneter Zbyszewski das Gesuch des Stenographen J. Poliński, eine stenographische Probe während der Landtagssitzung machen zu dürfen. 5) Die Gemeinde Obertyn im Kolomeaer Kreise bittet um die Befreiung von der Zahlung des Zinses für die Rustikal-Gärten und für die Robot. 6) Der Landesausschuß tritt im kurzen Wege ab das Gesuch des Abg. Anton Błaz um die Entschädigung der Reisekosten nach Lemberg im ersten zur Landtags-Eröffnung bestimmten Termine. 7) Abg. Stephan Dwoliński und 8) Abg. Fedor Andrejczuk ersuchen um dasselbe. 9) Der Stenograph J. Poliński erneuert sein Gesuch um die Bewilligung zur Vornahme einer Probe, die Landtagsverhandlungen zu stenographiren. 10) Der Stenograph Kohn erklärt sich bereit, stenographische Berichte über die Landtags-Sitzungen zu liefern. 11) Abg. Graf Skorupka legt die Anzeige des Ludwig Sroczyński in Betreff eines, in der Normalschule in Krakau von der Behörde begangenen Mißbrauches vor. 12) Konrad Żłowodzki, gewesener Rath der Stadt Krakau, ersucht um seine Pension. 13) Ignaz Kamiński, Doctor der Rechte, ersucht durch den Abg. Adam Fürst Sapieha um die Verificirung der im J. 1861 für die Stadt Stanislau vorgenommenen Wahl eines Landtags-Abgeordneten.

Abg. v. Rogawski legt zwei Anträge vor, von denen der erste verlangt, daß die Postämter in Galizien und im Großherzogthume Krakau im Verkehre mit den Parteien die Landessprache gebrauchen, und der zweite, daß in diesem Kronlande Telegramme auch in der Landessprache aufgegeben werden dürfen. Beide Anträge wurden von dem Hause der Spezial-Commission, welche sich mit dem Gesetzentwurfe in Betreff der Wege befaßt, zugewiesen.

Abg. Lipczyński übergibt einen dahingehenden Antrag, damit in Hinkunft, wenn an der Ungiltigkeit der Wahl eines Landtagsabgeordneten die Regierungsorgane die Schuld tragen, die betreffende Behörde zum Ersatze der Kosten verhalten werde. Wurde der Fonds-Commission zugewiesen.

Nebst diesen drei Anträgen wurden noch zwei andere vorgelesen und vertheilt, und zwar der bereits in der vorigen Sitzung angekündigte Antrag des Abg. Grafen Borkowski, daß die Regierungs-Anträge in polnischer Sprache vorgelegt werden mögen, und dann der Antrag des Abg. Seidler, wegen einer gerechteren Vertheilung der Last der Militär-Einquartirung und der Vorspannsleistung. Der Antrag des Grafen Borkowski wurde der Reglements-Commission und jener des Abg. Seidler über Antrag des Abg. Dr. Dietl dem administrativen Ausschusse zugetheilt.

Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, benachrichtiget noch der Landmarschall das Haus, daß sich einige Ausschüsse bereits constituirt haben und daß die Wahlen in die anderen von den Sectionen schon vorgenommen wurden, deren Resultat der Secretär Dr. Zyblikiewicz bekannt gibt. In den für die Geschäftsordnung bestimmten Ausschuß wurden gewählt: Dr. Smolka zum Obmann, Domherr Kuziemski zum Obmanns-Stellvertreter, v. Cielecki zum Schriftführer; im Petitions-Ausschusse: Notar Gutowski zum Obmann und Baron Baum zum Schriftführer. Die Ausschüsse haben sich noch zu constituiren.

Das Haus übergeht jetzt zur Tagesordnung. Der Landesausschuß-Referent, Abg. v. Pietruski, verliest den Antrag des Landesausschusses in Betreff des Stipendienfondes und der Stipendien-Stiftungen, in welchem der Landesausschuß vorschlägt: Se. Majestät zu bitten, damit Allerhöchstdieselben auf Grundlage des Allerhöchsten Diploms vom 20. October 1860 und des Patentes vom 26. Februar 1861 allergnädigst zu verordnen geruhen mögen, daß das k. k. Staatsministerium die Uebertragung aller bisher von der k. k. Statthalterei ausgeübten Functionen in Angelegenheiten der Stipendienstiftungen an den Landtag verfügen möge. Das Haus beschließt über Antrag des Landmarschalls, diesen Antrag der für die Landesfonde bestimmten Commission zuzuweisen.

Hierauf las der Landes-Ausschuß-Referent Abg. v. Kraiński den Bericht über den dem Landtage vorgelegten Vorschlag wegen Systemisirung des Personalstandes und der Besoldung der Beamten und Diener des Landesausschusses vor. Dieser Gegenstand wird nach dem Beschlusse des Hauses jener Commission zugewiesen, welcher die Instruction für den Landesausschuß zugetheilt worden ist.

Sodann besteigt der Landes-Ausschuß-Referent Abg. v. Pietruski die Tribune und liest einen Antrag des Landesausschusses vor, welcher sich auf die Verwaltung der Landesinstitute und Fonde bezieht und in welchem vorgeschlagen wird, diese Angelegenheit Sr. Majestät zur Allerhöchsten Entscheidung zu unterbreiten. Wird der Fonds-Commission zugewiesen.

Schließlich verlas noch der Landesausschuß-Referent Abg. v. Kraiński den Bericht über den Fond für die Hofschmidschule in Lemberg und den Antrag über die Eröffnung dieser Schule. Abg. v. Cielecki schlägt vor, für diesen Antrag einen besonderen Ausschuß zu wählen, das Haus aber entschied sich für den Antrag des Abgeordneten Dr. Dietl, diesen Gegenstand der Schulcommission zuzuweisen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, so schließt der Landmarschall die Sitzung um 2 Uhr Nachmittag und setzt die nächste auf Dinstag, den 27. d., um 11 Uhr Vormittag fest.

Der „Czas" bespricht die Mandatsniederlegung des Gf. Golejewski, mit welcher er nicht einverstanden ist, Gf. Golejewski sei verpflichtet sich dem Ausspruche des ganzen Hauses zu fügen, umsomehr, da der Ausspruch seine Verdienste anerkannte; Czas also, der überzeugt ist, der Landtag werde den Redner wieder in seiner Mitte haben, kommt zu dem Schlusse, daß das Resultat der Mandatsniederlegung gleich Null sei. — Die „Gaz. Nar." spöttelt über die Meinung des „Goniec" daß das energische Auftreten des ganzen Hauses gegen ein Mitglied der Fortschrittspartei, nämlich den Gf. Golejewski, dem Galizischen Landtag eine glänzende Zukunft gesichert hat.

Die „Gaz. Lwowska" tritt dem erwähnten Artikel der „Gaz. Narod." entgegen, die es nicht begreifen kann, warum nach Anerkennung der Legalität einer Wahl von Seiten der Commission ad hoc der Antrag um Annahme des Abgeordneten im Landtag noch der Abstimmung unterliegt? „Gaz. Narod." will den Landtag in ein Geschwornengericht verwandeln, wo allein das Gewissen entscheide. Irrig meine sie, er sei von seiner Höhe durch sein Verfahren auf den Advocaten-Standpunkt herabgestiegen. Er sei kein Casino oder ackerwirthschaftlicher Verein, wo einfache Ballotirung genüge. Der Landtag bewahre seine Würde, indem er das Gesetz achte. Ein schweigsames Votum der Verwerfung käme dem Despotismus der Majorität gleich, wie man ihn nur dort sehe, wo die parlamentarischen Formen geblieben, der Geist aber schon entwichen. Das Gewissen steht nicht über dem Gesetz. Das Gesetz ist der Ausdruck des Gewissens. Das über das Gesetz hinaus gehende Gewissen wird oft zur Gesetzlosigkeit.

Die „Bohemia" schreibt: Bekanntlich haben die verfassungsfreundlichen Abgeordneten des Großgrundbesitzes für die bevorstehende Ersatzwahl am 10. Februar auch Se. Durchlaucht den Fürsten Adolph Schwarzenberg jun. als Candidaten in Vorschlag gebracht. Wie man vernimmt, hat derselbe jedoch diesmal die Candidatur abgelehnt. Wahrscheinlich dürfte nun Graf Rummerskirch, der schon früher genannt worden war, als Candidat aufgestellt werden.

Die „Gazetta di Trento" enthält eine ausführliche Besprechung des bisherigen Verhaltens und der bisherigen Thätigkeit des Innsbrucker Landtages und hebt dabei unter anderen mit Freuden die von Seite Deutschtirols den sich betheiligenden liberalen Abgeordneten gegenüber in überraschender Weise bewiesene Cordialität und Zuvorkommenheit hervor.

Die neuesten telegraphischen Landtags-Berichte lauten:

Prag 22. Jänner. Clam-Martinitz überreichte eine Petition wegen Regelung der Verhältnisse der landwirthschaftlichen Vereine. Ueber den Bericht des Oberst-Landmarschalls bezüglich der Behandlung der 1861 eingebrachten Anträge lebhafte Debatte. Freiherr Wucherer beantragt die Wahl einer Commission von 9 Mitgliedern, um den Stand der einzelnen Angelegenheiten und die Erledigung derselben zu constatiren. Aus dem Centrum und der Linken werden Beschwerden gegen den Landesausschuß wegen unterlassener Inangriffnahme mehrerer Anträge von 1861 erhoben. Waidele beklagt insbesondere, daß der Antrag in Begriff der Behebung des Nothstandes im Erzgebirge nicht genügend dringend erachtet wurde.

Rieger vertheidigt den Landesausschuß gegen die erhobenen Vorwürfe und bemerkt gegen Hanisch, welcher die Nothwendigkeit der Regelung der Jagdgesetze und die Erledigung der bezüglichen Anträge hervorhebt, die Jagdgesetze seien gut, aber deren Ausführung durch die Behörden schlecht, geheime Instructionen seien maßgebend. Freiherr von Kellersperg entgegnet: Im verfassungsmäßigen Staate Oesterreich könne die Regierung nicht der leiseste Vorwurf wegen Nichteinhaltung der Gesetzvorschriften treffen. Wucherers Antrag wird einstimmig angenommen, und werden in die Commission gewählt: Clam-Martinitz, Salm, Lumbe, Wucherer, Hanisch, Haner, Tomer, Brachensky, Krejci. Nächste Sitzung Montag.

Brünn, 22. Jänner. Adamczik interpellirt wegen des jüdischen Landesmassafondes; hierauf wurden mehrere Anträge eingebracht, worunter: von Dr. Giskra wegen Aufbesserung der Lage des Landklerus, von Adamczik: die Regierung aufzufordern, das Zwangsarbeitshaus wegen des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit sofort aufzulassen. Hierauf fand die Wahl in den Ausschuß für das Gemeindegesetz statt, welche mehrere Stunden dauerte. Gewählt wurden durch die erste Curie: Gabor Serenyi, Salm, Belcredi, Alois Serenyi; durch die Städte: Sitka, Szabel, Giskra, Adamczik; durch die Landgemeinden: Juraida, Prazak, Burschit, Moznik; durch den ganzen Landtag: Hopfen, Widmann, Kaunitz, Eichhoff, Stummer, Glasner, Radnitzky, Katzer, Wiktorin, Skopolik, Schramm, Kleweta. Nächste Sitzung morgen.

Troppau, 22. Jänner. Die Geschäftsordnung wird nach dem Ausschußantrage en bloc angenommen. Der Ausschuß für die Geschäftsordnung wird auch beauftragt, einzelne Bestimmungen der Geschäftsordnung, die eine Aenderung der Landesordnung involviren, als Geschäftsordnungsgesetz zu verfassen. Nächste Sitzung morgen.

Klagenfurt, 22. Jänner. Heute wurde der Antrag Einspielers, daß alle bei den kärntnerischen Wohlthätigkeitsanstalten angestellten Beamten der slovenischen Sprache mächtig sein müßten, nach lebhafter Debatte verworfen und die Debatte über den Antrag des Landesausschusses wegen der Einquartierungs-Entschädigung begonnen, welche morgen fortgesetzt wird.

Laibach, 22. Jänner. Dr. Toman interpellirt in slovenischer Sprache wegen Einbringung einer Regierungsvorlage in Betreff der Schwurgerichte. Ueber Voranfrage des Gemeindegesetzausschusses wurde die beantragte Nichtausscheidung des Großgrundbesitzes einhellig angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Jänner. Se. Majestät der Kaiser hat heute Vormittag durch mehrere Stunden Audienzen ertheilt.

Gestern Vormittag legte der für die Diöcese Groß-Wardein neu ernannte griechisch-unirte Bischof Pap Szilaggy in Gegenwart des ungarischen Hofkanzlers seinen Diensteid in die Hände Sr. Majestät des Kaisers ab.

Der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling wird erst Anfang Februar nach Prag reisen um seinen Platz im dortigen Landtage einzunehmen.

Das „Giornale di Verona" bringt folgenden vom k. k. Polizeikommissariate in Verona ihm zugegangene offizielle Berichtigung: unter der Aufschrift „ein neues Mortara-Kind in Verona" erzählen einige Wiener Blätter eine Anekdote von einem Judenkinde, welches von katholischen Geistlichen und sogar unter Assistenz der Polizeibehörde gewaltsam zur Taufe gebracht worden sei. Auf Grund genauer Nachforschungen wird erklärt, daß diese Erklärung unwahr ist, und es scheint, daß dieselbe durch den einfachen Umstand veranlaßt worden sei, daß eine hierortige israelitische Dame, welche in Erfahrung gebracht hatte, daß ihre von Geistverwirrung heimgesuchte Magd ihr (der Dame) 7jähriges Kind heimlich der Taufe unterzogen zu haben behauptete, aus Furcht vor man weiß nicht welchen Folgen, sich bewogen fühlte, dieses Kind zu einigen ihrer Verwandten fern von Verona zu bringen.

Deutschland.

Aus Berlin, 22. Jänner, wird tel. gemeldet: Ins Abgeordnetenhaus wurde der Adreß-Entwurf der drei vereinigten liberalen Fractionen eingebracht. Im Adreß-Entwurf heißt es: Das Abgeordnetenhaus sei auf den Ruf des Königs zusammengetreten. Durchdrungen von unverbrüchlicher Treue gegen den König, habe es die Sorge für die Erhaltung der Verfassung von Neuem zu bethätigen. Die vorige Session sei geschlossen worden, bevor verfassungsgemäß das Etatsgesetz für 1862 festgestellt worden sei. Das Etatsgesetz für 1863 sei von der Regierung zurückgezogen worden. Die Aufforderung des Abgeordnetenhauses, dasselbe rechtzeitig wieder vorzulegen, blieb erfolglos. Seitdem hätten die vom König berufenen Minister verfassungswidrig ohne gesetzlichen Etat die Verwaltung fortgeführt, und sogar der bestimmten Erklärung des Abgeordnetenhauses entgegen Ausgaben verfügt, die durch Beschlüsse des Hauses ausdrücklich abgelehnt worden seien. Das oberste Recht der Volksvertretung, das der Ausgabenbewilligung, sei damit angegriffen und man sehe den Gewinn der bisherigen staatlichen Entwickelung mit Schrecken in Frage gestellt. Eine nur kleine Minorität habe, durch die Minister gestützt, bis zu den Thronesstufen die gröbsten Verleumdungen gegen einen Gesetzgebungsfactor getragen, und es sei der Versuch nicht gescheut worden, das Urtheil über klare Verfassungsrechte zu verwirren. Gleichzeitig sei ein Mißbrauch der Regierungsgewalt hervorgetreten. Verfassungstreue Beamte, die Abgeordnete gewesen, seien gemaßregelt, die Presse verfolgt und der Versuch gemacht worden, die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte nicht einberufener Landwehrmänner durch Befehle militärischer Vorgesetzten zu hindern. Se. Majestät haben jüngst erklärt, Niemand dürfe zweifeln, daß Se. Majestät die beschworene Verfassung aufrecht erhalten werde. Aber Se. Majestät möge gestatten es offen auszusprechen: die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Der Artikel 99 ist nicht mehr Wahrheit. Das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung sei eingetreten. Die Sitzung des Landtages habe begonnen ohne Aussicht auf Zurückführung einer geregelten Finanzhandhabung und auf eine Heereseinrichtung mit gesetzlicher Grundlage. Der Verfassungsconflict bedroht die Achtung Preußens im Auslande. Preußen kann den Einfluß in Deutschland nur wiedergewinnen, wenn die verfassungsmäßige Ordnung wieder hergestellt werde. Das Haus hofft, daß die Weisheit Sr. Majestät die ehrlichen Stimmen der Abgeordneten unterscheiden werde von dem Rath derer, die im Parteienkampfe ohnmächtige Bestrebungen mit des Königs Namen decken und schützen. Die Stellung als Landesvertreter gebiete die feierliche Erklärung, daß der innere Friede und die Kraft nach außen nur durch Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiederzugeben sei. Die Vincke'sche Fraction stimmt nicht bei und bringt einen besonderen Adreßentwurf ein und wünscht die Verständigung der ungelöst gebliebenen Fragen. Dazu sei nothwendig die Anerkennung des Verfassungsartikels 99, die unverzügliche Vorlegung des Budgets für 1862 zu verfassungsmäßiger Erledigung, wobei schließlich die Heilighaltung der beschworenen Verfassung feierlich betont wird. Auch Reichensperger hat sich die Einbringung eines Adreß-Entwurfs vorbehalten. Die Adreß-Commission ist sofort zu wählen. Der Justizminister bringt einen Gesetzentwurf über die Diäten, Reisekosten und Stellvertretungskosten der Abgeordneten ein.

Aus Kassel, 21. d., wird tel. gemeldet: In der heutigen Stände-Versammlung wird nach lebhafter Debatte der Oetker'sche Antrag auf formelle Beseitigung der wichtigsten, seit dem 4. September 1850 erlassenen provisorischen Gesetze und Verordnungen einstimmig angenommen. Der Landtagscommissar ertheilte in dieser Beziehung beruhigende Zusagen.

Am 29. December hat in Vaduz die Eröffnung der neuen Kammer des Fürstenthums Lichtenstein stattgefunden. Die Regierungsvorlagen sind: Geschäftsordnung, Zehent-Ablösungsgesetz, Rekrutirungsgesetz, Finanzgesetz, Zollvertrag mit Oesterreich. Auf Antrag des Präsidenten Schädler wurde beschlossen, eine Adresse an den Fürsten zu erlassen.

Frankreich.

Paris, 20. Jänner. Die Subscriptionsliste im „Moniteur" für die nothleidenden Arbeiter weis't heute 193.375 Fr. 58 Cs. nach. Die Collecte scheint jetzt ergiebiger werden zu sollen. In den Bureaux der Präfectur und in allen Bezirks-Polizeiposten sind Listen aufgelegt worden, und am nächsten Sonntag soll in allen Kirchen und Kapellen der Pariser Erz-Diöcese gesammelt werden. — Gestern erhielt der kaiserliche Prinz, der am 16. März 7 Jahre alt wird, seinen Erzieher. Es ist Herr Mercier, Schüler der Ecole normale und bisher Lehrer im Collegium Rollin. Der Prinz erhielt keinen Gouverneur, sondern der Kaiser wird seine Erziehung selbst leiten. — Die Minister, welche fast sämmtlich Mittwochs empfangen und auch zu morgen ihren Empfang angekündigt hatten, sind daran erinnert worden, daß der 21. Jänner der Todestag Ludwigs XVI. ist, und sie haben dem zufolge für diese Woche ihren Empfang ausfallen lassen. — Seit der letzten Amnestie sind bereits wieder zwanzig Zeitungs-Verwarnungen ergangen. — Gestern Morgens ist Horace Vernet, wie er es gewollt, ganz prunklos beerdiget worden. Niemand war zur Leichenfolge eingeladen, dennoch hatte sich eine große Menge von Personen eingefunden, welche dem Künstler die letzte Ehre erweisen wollten, darunter der kaiserliche Kammerherr, Marquis de Grecourt, als Repräsentant Sr. Majestät, der kaiserliche Haus-Minister, Marschall Vaillant, so wie viele Gelehrte, Künstler und Schriftsteller. Hinter dem Sarge gingen die beiden Enkel Vernet's (Söhne von Paul de la Roche) und seine beiden intimsten Freunde Lenoir und Yvert. — Gestern fand unter dem Vorsitz des Grafen Walewski im Staats-Ministerium eine Berathung Statt, die fünf Stunden lang dauerte. Die Herren Fould und Rouher hatten in der streitigen Frage über die Concession der Cette-Marseiller-Bahn die Vertreter der beiden rivalisirenden Bahnen, die Herren Talabot und Em. Pereire, vorgeladen, um sich von ihnen die Sache vortragen zu lassen. — Marschall Canrobert feierte heute seine Hochzeit mit Miß Macdonald. Er wurde zuerst nach englischem Ritus in der englischen Gesandschafts-Capelle und dann in der katholischen Senats-Capelle getraut. — Marschall Pelissier hat die Aufführung des Fils de Giboyer in Algerien kurzweg verboten. Em. Augier bezieht von jeder Aufführung seines Stückes im Théatre français eine Tantième von 900 Fr. Außerdem sind bereits fünf Auflagen des Stückes mit 15.000 Exemplaren verkauft. — Die Militärschule von St. Cyr soll provisorisch nach Fontainebleau verlegt werden. — Die Nachricht von der Einnahme Puebla's scheint sich zu bestätigen, obgleich das transatlantische Paketboot noch nicht in Nazaire eingetroffen ist. General Forey soll es zurückbehalten haben, um den Bericht über seine Operationen mitzuschicken, und der französische Flotten-Commandant in Vera-Cruz hätte deshalb die Einnahme von Puebla über New-York hieher gemeldet. Vorläufig, bis zum Eintreffen von Verstärkungen, beabsichtigt General Forey nicht über Puebla hinaus vorzurücken. Als Verstärkungen werden bereits die acclimatisirten Garnisonen von Guadeloupe und Martinique nach Vera-Cruz gehen und durch die aus Frankreich und Algerien nachgeschickten Truppen ersetzt werden.

Man schreibt der „G. C." aus Paris: Letzten Samstag fand zu Ehren der Senatoren und Deputirten in den Tuilerien ein fabelhaft prachtvolles Diner statt. Nur wenige Diplomaten waren dazu geladen. Einer von ihnen, um den Eindruck befragt, den der großartige Luxus des Festes auf ihn mache, antwortete mit der bekannten Phrase, die unter dem ersten Napoleon eine nassauische Prinzessin bei ähnlicher Gelegenheit zum Besten gab: „C'est bien une grande puissance, mais ce n'est pas une cour." Das Diner soll sehr ernst und feierlich gewesen sein. Der Kaiser sprach wohl mit einigen der Senatoren und Deputirten, aber man sah ihn nicht ein einziges Mal lächeln.

Wie es heißt, unterhandelt der Prinz Napoleon mit dem Grafen Demidoff wegen Austausches seines Palastes in den Elysäischen Feldern gegen eine Besitzung des Grafen auf der Insel St. Helena. Diese Besitzung besteht aus einem Gelände in der Nähe von Longwood und einem Gebäude, in welchem der Graf eine Masse von Gegenständen hatte aufstellen lassen, welche theils dem ersten Napoleon gehört hatten, theils an seine Gefangenschaft erinnern.

Nach der „Patrie" handelt es sich darum, die General-Discussion über die Adresse abzukürzen, wenn nicht gar zu unterdrücken. Die Session wird kurz sein. Die Wahlen dürften wahrscheinlich im Monat Mai beginnen.

Die „Patrie" meldet, daß der französische Botschafter für London, Baron Gros, am 20. dorthin abgereist sei.

Belgien.

Aus Brüssel liegen Nachrichten vor, welche mit Bestimmtheit den gegenwärtigen Zustand des Königs als nicht lebensgefährlich schildern. Am letzten Sonntag war der Herzog von Coburg bei ihm und sprach seine Ueberraschung über die Geistesfrische und Schärfe des Kranken aus dem er mehrere Stunden die wichtigsten europäischen Fragen erörterte. Die Reconstituirung des griechischen Thrones absorbirt fast alle Gedanken des greisen Königs.

Aus Brüssel schreibt man, der Herzog von Brabant sei keineswegs zurückberufen worden; er bleibe noch in Egypten, nur sein Leibarzt, Hr. Stuquet sei auf der Rückreise nach Belgien begriffen.

Italien.

Der Rücktritt des Herrn Ricci, schreibt der Turiner Correspondent der „K. Z.", kommt der Regierung sehr ungelegen. Die Genuesischen Wähler haben dem zurückgetretenen Minister eine Adresse zugesandt, welche versicherte, daß nur deßhalb so wenige Personen bei der Wahl erschienen seien, weil Jedermann die Wiederwahl Ricci's für selbstverständlich gehalten; auch hatte in der That der Gegen-Candidat nur ein paar Stimmen für sich. — Auch P. Passaglia muß noch eine Ballotage bestehen; dagegen ist Herr A. Mario beim ersten Scrutinium als Sieger hervorgegangen, was abermals einen Beweis für die Thätigkeit und gute Organisation der Actions-Partei liefert.

„Monde" und „Gazette de France" melden mit Entrüstung, daß Abbé Passaglia zum Commandeur des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens ernannt worden sei, und zwar auf Antrag des Cultus-Ministers.

Pereire, der Präsident des französischen Credit-Mobilier ist in Turin angekommen, um die Turiner „caisse commerce" (Handelsbank) zu reorganisiren.

Bekanntlich sind in Neapel die Bureaux und die Pressen des autonomistischen Blattes „Napoli" gewaltsam zerstört worden; es ist aber jetzt erwiesen, daß diese Heldenthat nicht von den „Patrioten", sondern von einem Polizeiagenten vollbracht wurde.

Rußland.

Aus Warschau wird der „G. C." gemeldet: Die aus Versehen in der Nacht vom 15. ausgehobenen Studenten der Hauptschule, welche gesetzlich von der Recrutirung befreit sind, wurden wieder in Freiheit gesetzt. Viele junge Handwerker gingen haufenweise zur Stadt hinaus und man wunderte sich ungemein, daß die sonst so strenge Thoraufsicht keine Schwierigkeiten machte und nicht einmal die Passirscheine abverlangte. — Das revolutionäre Central-Comité hatte an die jungen Handwerker das Ansinnen gestellt, sich vor der Rekrutirung aus Warschau zu flüchten und an mehreren bezeichneten Punkten wieder zu sammeln. Die Aufforderung blieb aber meist ohne Erfolg. Ebenso hatte dieses Comité die studirende Jugend zu thätlicher Widersetzlichkeit bei der Aushebung

aufgeboten. Wie man vernimmt, haben die Studenten diese Zumuthung in würdevoller Weise von sich gewiesen, und auf das Tollkühne eines solchen Unternehmens hingedeutet. Durch dieses dictum acerbum ist das Ansehen der Studenten in der Bevölkerung nur noch gestiegen. — Eine aus St. Petersburg hieher gelangte Nachricht erregt große Befriedigung. Es verlautet nämlich, daß das schon seit längerer Zeit ausgearbeitete und wiederholt zurückgewiesene Project zur Gründung eines Bodencreditvereines für Lithauen und die benachbarten Provinzen binnen Kurzem die kaiserliche Sanction erhalten wird. Eines der Hindernisse war bisher, daß der Minister des Innern Herr Walujew sich energisch der Genehmigung der polnischen Sprache als Geschäftssprache dieses Instituts widersetzt hatte. Noch weiß man nicht, ob diese Schwierigkeit behoben ist. Man legt in polnischen Kreisen einen großen Werth auf diese Concession, welche die Lösung der Unterthansfrage und der Grundablösung in sich begreift.

Aus amtlichen Sphären erfährt der Warschauer Corr. des „Czas“, daß in der Hauptstadt 2000 Personen bei der Rekrutirung ausgehoben wurden, 1800 entkommen sind. In den an Krakau angrenzenden Kreisen ist die Conscription bis jetzt noch nicht vorgenommen worden. Irrig ist die Nachricht verschiedener Blätter von fliegenden Colonnen, die das Land durchziehen sollen, außer im Płockischen und Kaliszer Gouv., wohin solche ausmarschirt sein sollen. Die Grenze ist gegen Reisepaß nach wie vor offen. Die Gerüchte von einem thätigen Widerstande im Płockischen sind bis jetzt unverläßlich.

Der „Dziennik powsz.“ vom 19. d. bringt an der Spitze seines nichtamtlichen Theiles einen Artikel über die am 15. d. Früh von 1 bis 8 Uhr in Warschau vollzogenen Conscription. Die Aushebung zum Militär, lesen wir in dem Artikel, fand in vollständiger Ordnung und unter Erhaltung der Ruhe statt. Selbst keinem Einzel-Widerstande wurde begegnet und eine seit 30 Jahren beispiellose Bereitwilligkeit und guten Willen zeigten die Conscribirten. In den Sälen des Rathhauses und der Citadelle, wo sie mit aller Sorgfalt für ihre Bequemlichkeit provisorisch untergebracht, bekunden sie die beste, ja fröhliche Stimmung. Viele von ihnen wurden mit Klagen laut über die Aufreizungen der Männer der Anarchie und der vermeinten Behörden jener Partei, welche sie von dem Wege der redlichen Arbeit zum Müßiggang und schaalen Träumereien getrieben und dadurch des früheren Erwerbes beraubt — dies stimmt auch mit den Geständnissen im Kriegsgericht von Seiten der einer Theilnahme in der sogenannten National-Organisation Beschuldigten überein. Viele wieder bezeugten ihre Freude, daß sie in der Schule der Ordnung, wie es für sie der Militärdienst sein wird, sich von der quälenden Unthätigkeit und dem irregeführten Leben werden los machen können, zumal die Verkürzung der Dienstjahre und die veränderte Umgangsweise mit dem Soldaten die ins Heer Tretenden jetzt in bedeutend veränderte Bedingungen stellt. Viele wieder von den in Warschau zur Aushebung bestimmten, die wegen Abwesenheit von dem Aushebungstermin keine Nachricht hatten oder aus anderen Verhinderungen bei der Conscribirung nicht gefunden wurden, melden sich jetzt freiwillig der Behörde; ihre Zahl betrug Tags nach der Aushebung 49, auch Freiwillige melden sich. Die in Warschau von Seiten der Civil- und Militärbehörden im Falle von Unordnungen in Bereitschaft gehaltenen Repressionsmittel brauchten nirgends in Anwendung zu kommen. Militär und Polizei hielten sich musterhaft und ein so günstiges Resultat dieser wichtigen Thätigkeit in der Hauptstadt läßt hoffen, daß sie in der Provinz auf gleiche Weise ausfallen und dort ebenfalls sich die eine Hervorrufung von Ruhestörungen anstrebenden Umtriebe der Friedensstörer erfolglos zeigen werden.

In Kowno (General-Gouvernement Lithauen) schreibt man der „NPZ.“ aus St. Petersburg, ist Folgendes geschehen: Oberst Ulann (Matwei Gawrilowitsch), Commandeur des Pskow'schen Leib-Dragoner-Regiments Ihrer Majestät der Kaiserin, welches in dem Städtchen Sczawle (Schaulen) steht, hatte Geld für sein Regiment in Kowno einzukassiren, nahm dasselbe dort in Empfang und begab sich auf den Rückweg. Er hatte die Gewohnheit, beim Umspannen auf den Stationen zu Fuß vorauszugehen und ließ sich dann jedesmal von dem nachkommenden Wagen einholen. Als er so von einer Station etwa eine Werst entfernt war, kam ein Wagen auf ihn zu, aus dem ein Herr und eine Dame stiegen, welche letztere ihm mit der größten Höflichkeit ankündigte, daß die polnische Revolution zu dem nun nächstens ausbrechenden Aufstande Geld brauche und er daher gebeten würde, die 11,000 S.-Rubel Krongelder, welcher er bei sich trage, herauszugeben. Oberst Ulann lächelte verbindlich, holte aber seinen Revolver aus der Tasche. Das Gleiche that jene Dame, und beide Schüsse fielen zugleich. Oberst Ulann bekam den Schuß in die Seite, fühlte sich in demselben Augenblick schon an einem Strick, welchen unbekannte hinter ihm herbeigeeilte Leute ihm um die Füße warfen, zu Boden gerissen und verlor, als er mit dem Kopfe gewaltsam auf die Erde schlug, die Besinnung. Was weiter mit ihm geschehen, vermag er nicht anzugeben. Als der Wagen von der Station ihm nachkam, fand sein Diener die Mütze seines Herrn auf dem Wege liegen, und als er anhielt, hörte er Stöhnen aus einem Gebüsch. Dort fand er den Obersten besinnungslos, den Kopf mit seinem Baschlir bedeckt und schwer zerschlagen liegen. Die 11,000 Rbl. Krongelder und 2000 Rbl. eigenes Geld waren geraubt, und bis jetzt ist keine Spur der Thäter aufzufinden. Daß jene Dame ein verkleideter Mann war, bezweifelt Niemand. Der Corresp. erzählt die Geschichte mit voller Bestimmtheit, nur ist es auffallend, daß dieselbe erst über Petersburg zu uns den Weg gefunden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 24. Jänner.

(Eingesandt.) Heute verläßt der k. k. Major Johann v. Gerber unsere Stadt und zugleich das Infanterie-Regiment König v. Hannover, dem er durch seinen Vater als Kind schon angehörte, in welchem er seine kriegerische Laufbahn begann und mit welchem er so lange Ruhm und Ehre, woran das Regiment so reich, getheilt. Er verläßt diese Truppenkörper, um in das Infanterie-Regiment Erzherzog Wilhelm, dem er neuester Zeit zugetheilt wurde, einzutreten. Als bester Kamerad, als liebenswürdiger Gesellschafter, läßt er hier im Militär und Civile, dem er insbesondere als eines der thätigsten Mitglieder des Casino-Ausschusses nahe stand, nur Freunde zurück, die ihm ein herzliches Lebewohl und den innigsten Wunsch: auf Wiedersehen! nachrufen.

* Die Quästur der Jagiellonischen Universität gibt bekannt, daß die öffentlichen Vorlesungen über Physik des H. Dr. Koczyński jeden Montag und Mittwoch von 6 — 7 Uhr Abends vom 28. a. M. angefangen, bis Ostern im physikalischen Collegium bei St. Anna abgehalten werden. Billets für den ganzen Curs bekommt man in der Universitätskanzlei (Grodstrasse Nr. 106) gegen einmalige Zahlung von 5 fl. ö. W.

Vorgestern Nachts wurden einer Hausbesitzerin am Kazimierz ein Faß mit 34 Garniec Ungarwein und 10 Flaschen desselben aus dem Keller nach Sprengung der Vorhängschlösser von fünf Thüren gestohlen. Gleichzeitig wurden einer Inwohnerin desselben Hauses Eßwaaren und Effecten aus der versperrten Speisekammer entwendet. Heute Nachts schon gelang es, den Thäter, einen berüchtigten Einbrecher, sammt seinen Mitschuldigen und Helfern und mit fast allem gestohlenen Gute zu Stande zu bringen.

* In Berichtigung einer irrigen Notiz in der Chronik der „Gaz. nar.“ erklären die Landtags-Abgeordneten HH. Adam Sapieha, Karl Rogawski, Franz Smolka, Kazimierz Dzieduszycki in demselben Blatte, daß sie an der Sitzung vom 19. d. mit der Majorität dafür gestimmt, daß dem Grafen Golejewski das Wort entzogen werde.

* Der Lemberger Magistrat hat, nachdem die Rinderpest aller Orten im Lemberger Kreise erloschen ist, alle diesfalls eingeleiteten Vorsichtsmaßregeln und die Sperre der Viehmärkte dortorts aufgehoben.

Meteorologische Beobachtungen in Lemberg v. 21. Jänner: Zeit der Beobachtung: 7 U. M., 2 U N., 10 U. A. — Barometer auf 0° R. red. Pariser Maß: 322,27''' 323.77''' 325.49''' — Thermometer nach R.: + 1.0 — 2.2 — 1.6 — Feuchtigkeit: 80.8 80.2 84.4 — Wind: W schwach, W. dto. W. schwach, — Witterung: Wolken, Wolken, Wolken. — Nachts Schnee'''.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 23. Jänner. Amtliche Notirung. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. = 5 kr. öst. W. außer Agio: Weißer Weizen von 74 — 79. Gelber 73 — 76. Roggen 51 — 53. Gerste 37 — 40. Hafer 24 — 26. Erbsen 46 — 50. Winterraps (für 150 Pfd. brutto) — — — —. Sommerraps 200 — 232 Sgr. — Rother Kleesaamen für einen Zollztr. (89½ Wiener Pf., preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. östr. W. außer Agio) von 8— — 16¼ Thlr. Weißer von 8— — 19½ Thlr.

Tarnów, 20. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren in östr. Währ.: Ein Metzen Weizen 3 55— — Korn 2.23 — Gerste 1.55 — Hafer 1.05 — Erbsen 3.— — Bohnen 2.30 — Hirse 2.— — Buchweizen 1.85 — Kukurutz 3.— — Erdäpfel —.90 — Eine Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Ein Zentner Heu 1.59 — Ein Zentner Stroh 1.—

Oświęcim, 22. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. östr. W.): Ein Metzen Weizen 4.— — Roggen 2.50 — Gerste 2.— — Hafer 1.20 — Erbsen 3.50 — Bohnen 4.— — Hirse 3.— — Buchweizen 2.50 — Kukurutz 3.50 — Erdäpfel —.50 — Eine Klafter hartes Holz 7.30 — weiches 5.10 — Futterklee 1.20 — Ein Zentner Heu 1.20 — Stroh —.65.

Kenty, 23. Jänner. Marktpreise in östrr. Währ.: Ein Metzen Weizen 4.— Roggen 3. — Gerste 2.25 — Hafer 1.35 Erbsen —.— — Bohnen —.— — Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.76 — Eine Klafter hartes Holz 5.20 — weiches 3.70 — Futterklee —.— — Ein Zentner Heu —.— — Stroh —.80.

Rzeszów, 21. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren) in fl. östr. W.): Ein Metzen Weizen 3.27½ — Roggen 2.15 — Gerste 1.70 — Hafer 1.12½ — Erbsen 2.50 — Bohnen 2.25 — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.50 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.75 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 weiches 6.— — Futterklee —.— — Ein Zentner Heu 1.50 — Stroh —.80.

Krakau, 23. Jänner. Auf dem heutigen Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Metzen Weizen 4.37½ — Korn 2.68 — Gerste 2.— — Hafer 1.37½ — Kukurutz —.— — Erdäpfel 1.— — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Ein Zentner Heu — .90 — Stroh —.75 fl. ö. W.

Proßnitz, 19. Jänner. Mittlere Getreidepreise: Ein Metzen Weizen 4.95 — Korn 3.15 — Gerste 2.40 — Hafer 1.59 — Hirse 2.57 östr. Währ.

Prerau, 20. Jänner. Mittlere Getreidepreise: Ein Metzen Weizen 5.— — Korn 3.05 — Gerste 2.40 — Hafer 1.50 — Prosso 2.70 östr. W.

Berlin, 22. Jan. Freiw. Anl. 102. — 5perz. Met. 65¼. 1854er-Lose 79⅝. — Nat. Anl. 71¼. — Staatsbahn 135. — Credit-Act 98½. — Credit-Lose fehlt. — Böhm. Westbahn 73 — Wien 85¾.

Frankfurt, 22 Januar. 5perz. Met. 64. — Wien 100¾. — Bankactien 826. — 1854er-Lose 77¼. — Nat. Anl. 69⅜. — Staatsbahn 240. — Credit-Act. 229½. — 1860er-Lose 80 — Anlehen v. J. 1859 80⅛.

Paris, 22. Januar. Schlußcourse: 3perz. Rente 70.05. — 4½perz. 98.60. — Staatsbahn 507. — Credit-Mobilier 1162. — Lomb. 585. — Piemontesische Rente 70.40. — Consols mit 92¾ gemeldet.

Lemberg, 22. Jänner. Holländer Dukaten 5.45½ Geld, 5.51½ — Waare. Kaiserl. Dukaten 5.49½ G., 5.55 — W. Russischer halber Imperial 9.38 G., 9.49½ W. Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.78 — G, 1 81 — W. Preußischer Courant-Thaler 1.71½ G., 1.73 W. Polnischer Courant pr. 5 fl. —.— G., —.— W. Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 77.75 G., 78 38 W. Galizische Pfandbriefe in Conv.-Mze. ohne C. 81.75 G. 82.35 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.75 G. 74.45 W. National-Anlehen ohne Coup. 81.65 G. 82.38 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 220.75 G. 222.50 W.

Krakau, 23. Jänner. Gestern war die Getreidezufuhr aus dem Königreiche Polen an der Grenze sehr klein, und das Eingeführte wurde zu den Preisen von Montag gekauft, der ganze Markt war ohne Bedeutung, denn man ist loco gegen jede Getreidespeculation. Roggen für 162 w. Pf. wurde kaum mit 5 fl. ö. W. gezahlt. Alle anderen Getreidegattungen hielten sich bei Nominalpreisen.

Krakauer Cours am 23. Jänner. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107 verlangt, fl. p. 105½ gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 392 verl., 386 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. östr. W. Thaler 87¾ verl. 86¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 114 — verl., 113 — bez. Russische Imperials fl. 9.57 verl., fl. 9.43 bez. — Napoleond'ors 9.31 verl., 9.17 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.51 verl., 5.43 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.57 verl., 5.49 bez. — Polnische Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100¾ verl., 100¼ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in östr. Währ. 79⅓ verl., 78⅓ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in CMze fl. 83⅓ verl. 82⅓ b. — Grundentlastungs-Obligationen in östr. Währ. fl. 75½ verl. 74½ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. öster. Währ. 82½ ver., 81½ b. — Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. öster. Währ. 222— verl., 220— bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Wien, 23. Jänner. In Angelegenheit der Vollziehung des neuen Stempel- und Gebühren-Gesetzes in Ungarn ist an die k. Septemviraltafel in Pest nachstehendes Allerhöchstes Rescript erflossen, durch welches, da eine nach gleichen Vorschriften geregelte Gebahrung der Staats-Einnahmsquellen für den Bereich des ganzen Reiches, beziehungsweise eine Gleichförmigkeit der Finanzgesetzgebung im Interesse des Staatshaushaltes als unerläßlich nothwendig anerkannt ist, alle jene Bestimmungen der provisorischen Justiznorm, welche mit dem Stempelpatente vom 2. April 1850 in Widerspruch stehen, außer Kraft gesetzt werden.

Wie man aus Salzburg, 23. d. meldet, wurde der Antrag auf Revision der Landesordnung vom Landtage hauptsächlich wegen des Abganges der nöthigen Erfahrungen auf eine der nächsten Sessionen einhellig vertagt.

In der Bundestagssitzung vom 22. Jänner wurden die Anträge der Ausschußmehrheit in der Delegirten-Frage von der Majorität, darunter Kurhessen, abgelehnt. Das preußische Votum erklärte eine aus unmittelbarer Volkswahl hervorgehende Vertretung als das berechtigteste Organ der deutschen Nation für gemeinsame Angelegenheiten und drückt die Bereitwilligkeit aus, einem zu schaffenden Centralorgan mit Nationalvertretung ausgedehntere gesetzgebende Befugnisse einzuräumen. Oesterreich erklärte sich mit andern Antragstellern zu Reformen bereit, welche über die Anträge vom 14. August hinausgehen, namentlich bezüglich der Executive.

Wie eine tel. Depesche des „Dresd. J.“ meldet, wurde der Antrag der Ausschußmajorität *) gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten: Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Großherzogthum Hessen und die sechszehnte Curie. In den Curien erklärten sich einzelne Stimmen für die Anträge der Ausschußmajorität, z. B. Nassau und Meiningen. Wie das „Dr. J.“ weiter meldet, sprach Oesterreich sich in der Schlußerklärung dahin aus, daß es diesen Ausfall der Abstimmung bedauere, jedoch bereit sei, auf die Frage der Bundesreform zurückzukommen, auch in der Richtung nach Herstellung einer Executive und einer aus den Volksvertretungen hervorgehenden Gesammtvertretung am Bunde. Dieser Erklärung schlossen sich an: Sachsen, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau. Baiern behielt sich Erklärungen vor; ebenso Preußen.

Berlin, 22. Jänner. Von der polnischen Grenze wird unterm heutigem Tage gemeldet: Warschauer Nachrichten zufolge sollen an mehreren Punkten des Königreiches in den Waldungen bedeutende Zusammenrottungen behufs der Hervorrufung eines Aufstandes stattfinden. Näheres ist nicht bekannt.

Kassel, 22. Jänner, Abends. Der „Kasseler Zeitung“ zufolge ist General Specht zum interimistischen Commandanten von Marburg ernannt. Die Stelle wurde bisher von einem Hauptmann versehen; die Garnison Marburgs beträgt 70 Mann.

Brüssel, 22. Jänner, Nachts. Aus authentischer Quelle verlautet, der Herzog von Coburg habe die griechische Candidatur angenommen. Die Bedingungen beziehen sich theils auf die Domänen, theils sind sie politischer Natur.

Der Kreuzzeitung zufolge protestirt das Cabinet von St. Petersburg gegen die Candidatur des Herzogs von Coburg auf den griechischen Thron. Als Oheim des Prinzen Alfred stehe Herzog Ernst v. Coburg zum regierenden Hause in England in solcher Verwandtschaft, wie der Herzog von Leuchtenberg zum regierenden Hause in Rußland.

Paris, 22. Jänner. Der heutige „Moniteur“ enthält ein kaiserliches Decret, das einen Credit von fünf Millionen bewilligt, behufs Vertheilung zu Wohlthätigkeitszwecken und nützlichen Arbeiten.

Paris, 23. Jänner. Der „Moniteur“ setzt wegen der Sprache der englischen Blätter auseinander, Frankreich habe vom Vizekönig von Aegypten ein Regiment Neger für Meriko verlangt, da diese nicht am gelben Fieber leiden. Der Vizekönig konnte blos über 450 Mann verfügen, welche in Veracruz in Garnison bleiben werden. Diese Maßnahme wurde zu einem Humanitätszwecke ergriffen und kann keinen Tadel erwecken.

Der „Moniteur“ dementirt die fälschlich gemeldete Abberufung des französischen Consuls in New-Orleans; derselbe habe nur Urlaub erhalten.

„La France“ publicirt die Fortsetzung des päpstlichen Memorials, welches die im Kirchenstaate einzuführenden Reformen aufzählt. Die „Patrie“ dementirt die Gerüchte über Zusammenziehung russischer Truppen in Bessarabien.

Turin, 22. Jänner. General Menabrea wurde provisorisch zum Marineminister ernannt. (S. K.-B.)

Das „Diritto“ publicirt ein emphatisches und gegen Napoleon III. vehement demonstrirendes Dankschreiben Garibaldis an die liberale Presse Frankreichs, welche seinerzeit dem Dr. Nelaton für die bekanntlich glückliche Entfernung der Kugel aus Garibaldi's Fuß ihre Anerkennung öffentlich ausgesprochen hatte.

Neueste levantinische Post. Konstantinopel, 17. Jänner. Sir Bulwer ist am 10. d. M. hier angekommen. Mewies Pascha wurde vom Finanzministerium in das Ministerium für den öffentlichen Unterricht übersetzt, das Finanzministerium Mustapha Pascha übertragen. Die Entlassung Omer Pascha's wurde nicht angenommen. Die Entlassung des Polizeiministers Abdul Kerim Pascha ist bevorstehend. Derwisch Pascha erhielt Befehl, die Winterquartiere in Skutari zu beziehen; in Folge dessen wurde der Bau der montenegrinischen Blockhäuser bis zum nächsten Frühjahr verschoben.

Smyrna, 17. Jänner. Die Provinzialregierung traf umfassende Maßregeln, um mit Hilfe der österreichischen, englischen und französischen Kriegsschiffe dem Piratenunwesen im Archipel zu steuern.

Athen, 17. Jänner. [Ueber Triest.] Kürzlich verbreitete sich plötzlich das Gerücht, das Ministerium und die oberste Vollziehungs-Behörde sollten gewaltsam geändert werden. Man schloß die Läden, die Bürger zogen sich in die Häuser zurück, die ganze Stadt war aufgeregt und besorgt. Die Regierung traf jedoch Gegenmaßregeln und die Ruhe wurde wieder hergestellt. — Man spricht von Festsetzung großer Belohnungen für die Räuberverfolgung und Errichtung von außerordentlichen Kriegsgerichten mit Standrecht. Der ehemalige Kiegsminister Spiro Milio erhielt, in Syra angekommen, die Weisung, sich wieder zu entfernen. Bei den Wahlprüfungen wurde bloß ein Abgeordneter ausgeschlossen. Elliot hatte seine Wohnungsmiethe auf drei Monate erneuert.

Kairo, 20. Jänner. (Ueber Paris.) Gestern hat der Vizekönig das Consularkorps empfangen; die Consuln beglückwünschten ihn und sprachen von seiner Regentschaft während der Abwesenheit Said Pascha's in schmeichelhaften Ausdrücken. Ungeachtet der Schwierigkeiten seiner Stellung erwarb sich der Vicekönig damals die lebhafte Sympathie der Bevölkerung und flößte der ganzen fremden Colonie tiefe Achtung ein. Derlei Antezedenzien bieten die besten Garantien für die Zukunft Egyptens, welche die Bewohner des Landes und die anderen Nationalitäten interessirt. Der Vicekönig dankte und fügte hinzu: Ich kenne genau meine Aufgabe, welche ich unter den Auspizien meines erhabenen Souveräns würdig zu erfüllen hoffe. Ich bin fest entschlossen, mich dem Lande mit aller Energie zu weihen. Die Grundlage jeder guten Verwaltung ist die Ordnung in den Finanzen. Ich werde ein entschiedenes Beispiel geben, das alte System aufzuheben und eine Civilliste festzusetzen, welche ich nie überschreiten werde. Diese Maßregel wird die Entwickelung der Agrikultur fördern und das verhängnißvolle System der Frohne abzuschaffen gestatten, welches das Land verhindert, zur vollen Entwickelung zu gelangen. Der Freihandel wird bei diesen Maßnahmen seine Berücksichtigung finden. Ebenso wird in sittlicher Beziehung der Unterricht, welcher die Grundlag jedes Fortschrittes ist, und gute Gerechtigkeitspflege berücksichtigt werden, welche die Sicherheit in den europäischen Beziehungen zum Ergebnisse haben wird. Er hoffe, die Consuln werden ihm stets ihre Mitwirkung angedeihen lassen. Beauval nahm das Wort und sagte: Die französische Regierung habe immer empfohlen, daß das System (des Frohndienstes) nicht bei den Suezkanalbauten angewendet werde. Der Vicekönig antwortete, er habe niemals gedacht, daß Frankreich ein solches System beschütze und habe vom Suezkanal nicht sprechen wollen. Die Rede des Vicekönigs erregte große Sensation.

Alexandrien, 20. Jänner. Der monatliche Wechsel der Arbeiter beim Suez-Canalbau wurde unter dem gewöhnlichen Beistand der Behörden bewerkstelligt.

Telegraphische Wiener Börsen-Kurse vom 23. Jänner.

Effecten. 5 pCt. Metalliques 75.75 — 5 pCt. National-Anlehen 82.45 — Bankactien 819 — Creditactien 227.70.

Wechsel. Silber 114 — — London 115.75 — K. k. Münz-Dukaten 5.56.

Vom 24. Jänner.

Durchschnitts-Cours in österr. Währung.

Effecten. 5 pCt. Metalliques 75.60 — 5 pCt. National-Anlehen 82.20. — Bankactien 824. — Creditactien 228.10.

Wechsel: Silber 114.—. — London 115.50. — K. k. Münz-Dukaten 5.56.

*) Der in der Bundestagssitzung vom 28. Dezember v. J. zum Vortrag gelangte Antrag der Ausschußmajorität lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) es sei zweckmäßig und räthlich, eine aus den einzelnen deutschen Landesvertretungen durch Delegation hervorgehende Versammlung einzuberufen, welcher demnächst die laut Bundesbeschlusses vom 6. Februar d. J. auszuarbeitenden Gesetzentwürfe über Civil-Prozeß und über Obligationenrecht zur Berathung vorzulegen seien, und 2) es sei deshalb der Ausschuß für Errichtung eines Bundesgerichts zu beauftragen, daß er sofort nähere Vorschläge über die Art der Zusammensetzung und Einberufung einer solchen Versammlung erstatte. — Das königl. preußische Ausschuß-Mitglied beantragt dagegen: „die Bundesversammlung möge beschließen, dem Antrage vom 24. August keine Folge zu geben“, während der Antrag des großherzoglich-badischen Ausschußmitgliedes dahin geht: „es möge von der Zusammensetzung und Berufung der beantragten Delegirtenversammlung Umgang genommen werden.“

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 23. Jänner 1863.

Angekommen sind:

Hotel Poller: Herr Alexander Garbiński, Gutsbesitzer, aus Warschau.

Hotel de Saxe: Die Herren: Sigmund Rosenzweig, Gutspächter, aus Brzoskwinia. Kasimir Koszutski, Gutsbesitzer, aus Mniszów. Anton Wrotnowski, Advocat, aus Warschau. Die Herren Gutsbesitzer: Heinrich Bukowski, Joseph Kamocki und Roman Michałowski aus Polen.

National Hotel: Herr Johann Niepokój, Privatbeamter, aus Smolice.

Hotel de Dresden: Herr Eduard Graf Bukowski, Gutsbesitzer, aus Sierpce.

Abgereist sind: Die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Byszewski, Johann Jordan, nach Polen. Wilhelm Homolacz, nach Balice. Joseph Drobniewicz nach Gruszów. Karl Graf Rumerskirch, nach Galizien. Herr August Gold und Herr Julius Lion, Kaufleute, nach Lemberg. Herr Friedrich Heinemann, Fabriks-Director, nach Galizien. Frau Franziska Kotuczyńska, Gutsbesitzer, nach Kijew.

Amtsblatt.

L. 22599. **Edykt.** (52. 3)

Cesarsko królewski Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pp. Annę z Starszewskich Onyżkiewiczową w imieniu własném jako prawonabywczynię Jędrzeja Starzewskiego, tudzież jako prawonabywczynię Jana i Maryannę Małżonków Lewickich, daléj p. Stefana czyli Szczepana Zawałkiewicza, obojga jako spadkobierców Aleksandra Starzewskiego, Julianny Starzewskiéj, Eudoksyi Maryi, (Maryanny) dw. imion Starzewskiéj, Heleny Zawałkiewiczowny, Konstantego Zawałkiewicza, tudzież Eudoksyi ze Strzelbickich 1mo voto Starzewskiéj, 2do Zawałkiewicz, nakoniec Michała Onyżkiewicza, wszystkich z miejsca pobytu i życia niewiadomych — a w razie ich śmierci — ich spadkobierców i prawonabywców również z miejsca pobytu, życia, imienia i nazwiska niewiadomych, że przeciw nim Hipolit Piotr 2 im. i Katarzyna i małżonka Wydrychowiczowie wnieśli pozew na dniu 29 Listopada 1862, L. 22599, względem orzeczenia, iż prawo zastawu sum 9500 złp., 7500 złp., 1000 złp., 3054 złp., 107 złp. 24 gr. i 1139 złp. 4 gr. w stanie biernym dóbr Koła Tynieckiego ciążące wraz z wszelkiemi przynależytościami i następnemi pozycyami tudzież nadciężarami a mianowicie suma 2000 złp., suma 1000 złp., suma 3913 złp., suma 135 złr. 20 kr. w. a., wreszcie 42 złr. 38 kr. m. k. i 1 złr. 18 kr. mk. z p. n. na owych sumach zabezpieczonemi, przedawnieniem zgasły i ze stanu biernego dóbr Koła Tynieckiego w zupełności wyekstabulowane być winny — i w załatwieniu tegoż pozwu został termin do ustnéj rozprawy na dzień 17 Marca 1863 o godzinie 10 rano wyznaczonym.

Gdy miejsce pozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. Krajowego Dra. Geisslera z zastępstwem p. Dra. Zucker kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zalaca się zatem niniejszym edyktem pozwanym aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili lub wreszcie innego obrońcę sobie obrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, 30. Grudnia 1862.

Z. 19522. **Edict.** (56. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird der liegenden Masse nach Leja Kohane oder deren dem Leben und Aufenthaltsorte nach unbekannten Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es haben wider dieselbe die Eheleute Michael und Liebe Leja Gottlieb in Tarnow wegen Erlöschung und bücherlicher Löschung des ob der Realität N. 135 im Activstande libr. dom. 7. pag. 137, n. 4 haer. zu Gunsten der Lea Kohane versicherten Gebrauch- und Besitzrechtes und der Forderung pr. 300 fl. W. W. Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber hiergerichts eine Tagsatzung auf den 26. März 1863 um 10 Uhr Vorm. bestimmt worden ist.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvokaten Dr. Rosenberg mit Substituirung des Advokaten Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werde.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Tarnow, am 18. Dezember 1862.

Z. 48. **Kundmachung.** (57. 3)

In Folge Beschlusses des k. k. Krakauer Landesgerichtes vom 15. Dezember 1862, Z. 23453 werden die Gläubiger der Handlung Wolf Winkler mit welcher ein Vergleichsverfahren eingeleitet wurde, hiemit aufgefordert, daß sie sich mit ihren, aus was immer für einem Titel herrührenden Forderungen längstens bis 27. Februar 1863 persönlich oder durch einen Bevollmächtigten im Bureau des unterzeichneten öffentlichen Notars, als gerichtlichen Commissärs (St. Johannesgasse N. 297/466 Gem. IV. im 1. Stock) melden, widrigenfalls die sich nicht Meldenden, insofern ihre Forderungen nicht durch ein Pfandrecht begründet sind, für den Fall des geschlossenen Vergleichs, nicht nur nicht befriedigt, sondern auch mit ihren Forderungen gänzlich zurückgewiesen werden. Der Anmeldung sind glaubwürdige Auszüge aus den Handlungsbüchern, Originalwechseln oder deren beglaubigte Abschriften beizuschließen.

Krakau, 19. Jänner 1863.

Franz Jakubowski,
k. k. Notar und Leiter der Wolf Winkler'schen Vergleichsverhandlung.

Z. 17851. **Kundmachung.** (54. 2-3)

Das Krakauer k. k. Oberlandesgericht gibt hiemit bekannt, daß in Gemäßheit §. 214 St.-P.-O. im Zwecke der Durchführung der strafgerichtlichen Verhandlungen zu Vertheidigern in dem Krakauer Oberlandesgerichtssprengel für das Jahr 1863 ernannt worden sind:

1. Die Krakauer Advokaten und Doctoren der Rechte: Felix Słotwiński, Veit Adolf Witski, Alois Alth, Anton Balko, Maximilian Machalski, Josef Zucker, Nicolaus Zyblikiewicz, Adolf Geissler, Simeon Samelsohn, Leonhard Kucharski, Rudolf Blitzfeld, Nikolaus Kański, Stanislaus Ritter v. Biesiadecki, Josef Schönborn, Felix Schlachtowski und Leo Korecki; ferner der Dr. der Rechte und k. k. Professor an der Krakauer Universität Michael Koczyński, der Krakauer Magistratsrath Ladislaus v. Wisłocki, die k. k. Notare Apollinar Horwath in Chrzanów, Vincenz Złochowski in Saybusch, Viktor Brzeski in Kenty, Ludwig Łapiński in Wieliczka, Ladislaus Trzecieski in Krzeszowice und Dr. Basil Wołosiański Advocaturs-Candidat in Biała.

2. Die Tarnover Advokaten und Doctoren der Rechte: Anton Hoborski, Adalbert Bandrowski, Clemens Rutowski, Adalbert Grabczyński, Theodor Serda, Josef Stojałowski, Felix Jarocki, Karl Kaczkowski und Hermann Rosenberg; ferner die Notare: Johann Janocha in Tarnów, Anton Bartosiński Dr. der Rechte in Mielec und Anton Sperling in Pilsno.

3. Die Rzeszower Advokaten und Doctoren der Rechte: Victor Zbyszewski, Samuel Reiner, Alois Rybicki und Kornel Lewicki; ferner der k. k. Notar in Rzeszów Johann Pogonowski, und der k. k. Notar in Łańcut Ladislaus Kaniewski.

4. Die Neu-Sandecer Advokaten und Doctoren der Rechte: Dionis Pawlikowski, Stanislaus Zieliński, Johann Micewski, Eduard Zajkowski.

5. Die Advokaten in Biała: Wenzel Karl Ehrler, und Alois Eisenberg Dr. der Rechte.

6. Der Advokat in Wadowice Dr. Vincenz Materna.

Krakau, am 29. Dezember 1862.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd wyższy krajowy w Krakowie podaje niniejszém do wiadomości, iż na mocy §. 214, P. k. obrońcami przy rozprawach sądowo karnych w okręgu Sądu wyższego krajowego w Krakowie na rok 1863 zamianowanemi zostali:

1. Krakowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Feliks Słotwiński, Wit Adolf Witski, Alojzy Alth, Antoni Balko, Maksymilian Machalski, Józef Zucker, Mikołaj Zyblikiewicz, Adolf Geissler, Szymon Samelsohn, Leonard Kucharski, Rudolf Blitzfeld, Mikolaj Kański, Stanisław Biesiadecki, Józef Schönborn, Feliks Szlachtowski i Leon Korecki; tudzież Doktór prawa i c. k. Profesor Wszechnicy Krakowskiéj Michał Koczyński, Radca Magistratu Krakowskiego Władysław Wisłocki; następnie c. k. Notaryusze: Apolinary Hórwath w Chrzanowie, Wicenty Złochowski w Żywcu, Wiktor Brzeski w Kentach, Ludwik Łapiński w Wieliczce, Władysław Trzecieski w Krzeszowicach, Dr. Bazyl Wołosiański kandydat adwokatury w Białéj.

2. Tarnowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Antoni Hoborski, Wojciech Bandrowski, Klemens Rutowski, Wojciech Grabczyński, Teodor Serda, Józef Stojałowski, Feliks Jarocki, Karol Kaczkowski i Herman Rosenberg, tudzież notaryusze: Jan Janocha w Tarnowie, Antoni Bartosiński Doktór prawa w Mielcu i Antoni Sperling w Pilznie.

3. Rzeszowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Wiktor Zbyszewski, Samuel Reiner, Alojzy Rybicki, Kornel Lewicki; tudzież c. k. Notaryusz w Rzeszowie Jan Pogonowski i c. k. Notaryusz w Łancucie Władysław Kaniewski.

4. Nowego Sącza Adwokaci i Doktorowie praw: Dyonizy Pawlikowski, Stanisław Zieliński, Jan Micewski i Edward Zajkowski.

5. Adwokaci w Białej: Wacław Karol Ehrler i Doktór prawa Alojzy Eisenberg.

6. Adwokat w Wadowicach: Dr. Wicenty Materna.

Kraków, dnia 29. Grudnia 1862.

Z. 23950. **Edict.** 55. (2-3)

Vom k. k. Landesgerichte zu Krakau wird der Concurs über das sämmtliche bewegliche und über das in jenen Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Nr. 251 RGB. in Wirksamkeit steht, befindliche unbewegliche Vermögen der Reisel Klipper, Handelsfrau in Krakau eröffnet, und zum Concursmassavertreter, so wie einstweiligen Vermögensverwalter der Landesadvokat Hr. Dr. Schönborn mit Substituirung des Landesadv. H. Dr. Geissler bestellt.

Daher wird Jedermann, der an erstgedachte Verschuldete eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, erinnert, bis zum 27. April 1863 die Anmeldung seiner Forderung in Gestalt einer förmlichen Klage wider den Vertreter dieser Concursmasse bei diesem Gerichte einzureichen, in seiner Klage nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Classe gesetzt zu werden verlangte, zu erweisen, widrigenfalls er von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Vermögen, soweit solches die in der Zeit sich meldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihm zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein und in letzterem Falle zur Abtragung seiner gegenseitigen Schuld in die Masse angehalten werden würde.

Zur Wahl des definitiven Vermögens-Verwalters und Gläubiger-Ausschusses wird die Tagfahrt auf den 7. Mai 1863 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt und hiezu die Gläubiger vorgeladen.

Krakau, den 7. Jänner 1863.

N. 2490. c. **Edykt.** (58. 2-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowym Targu niniejszém wiadomo się czyni, że małżonkowie Jakób Mikos i Anna z Malinowskich Mikos w Czarnym Dunajcu pomarli, pierwszy w r. 1809 z pozostawieniem testamentu i ustanowieniem w niém za dziedziców w równych częściach swoich synów Jędrzeja, Jana, ś. p. Jakóba i Michała Mikosiów i córki Anny zam. Filińskiej — a druga przed 40 laty beztestamentalnie.

Gdy temu Sądowi miejsce pobytu synów Jędrzeja i Michała Mikosiów jest niewiadomém, przeto wzywa się tychże, aby w przeciągu jednego roku od dnia niżéj wyrażonego biorąc, w Sądzie tym się zgłosili i swoje deklaracye wnieśli, w przeciwnym razie te spadki z zgłaszającemi się sukcesorami i ustanowionym dla nich kuratorem Jakóbem Szaflarskim pertraktowane będą.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.
Nowytarg, dnia 21. Grudnia 1862.

Intelligenzblatt.

Wiener Börse-Bericht
vom 22. Jänner

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Östr. W. zu 5% für 100 fl.	69.60	69.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
vom Jänner — Juli	82.50	82.60
vom April — October	82.65	82.75
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	75.40	75.50
dtto „ 4½% für 100 fl.	66.—	66.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	145.—	145.50
„ 1854 für 100 fl.	92.—	92.50
„ 1860 für 100 fl.	92.75	92.85
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.—	17.25

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	88.—	89.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	87.25	87.75
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	87.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88.50	89.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	85.50	87.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	75.—	75.50
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	73.75	74.25
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.—	74.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	73 50	74.—
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	73.25	73.75

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	817.—	819.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	227.20	227.40
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	661.—	663.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.	1857.	1859.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	235.50	236.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	153.50	154.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	129.50	130.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	—.—
der südl. Staats- lomb.- ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	272.—	273.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	219.75	220.25
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	431.—	432.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	236.—	238.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	402.—	404.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	385.—	390.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CMze 6jährig zu 5% für 100 fl.	104.25	104.50
10jährig zu 5% für 100 fl.	100.—	100.50
verlosbar zu 5% für 100 fl.	90.—	90.25
der Nationalbank auf östr. W. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.75	86.—
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	76.—	76.50

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	132.50	132.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	98.50	99—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	121.50	122.—
„ „ zu 50 fl. CM.	51.—	52.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	36.—	36.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	95.—	96.—
Salm zu 40 fl. „	37.50	38.—
Palffy zu 40 fl. „	38.75	39.—
Clary zu 40 fl. „	35.50	36.—
St. Genois zu 40 fl. „	38.50	39.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	20.75	21.25
Waldstein zu 20 fl. „	23.25	23.50
Keglevich zu 10 fl. „	16.75	17.—

3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4%	98.—	98.15
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3%	98.10	98.25
Hamburg, für 100 M. B. 4%	87.—	87.20
London, für 10 Pf. Sterl. 3%	116.—	116.15
Paris, für 100 Franks 4%	46.—	46.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.	fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 56	5 58	5 57	5 59
„ vollw. Dukaten	5 56	5 58	5 57	5 59
Krone	— —	— —	15 80	15 85
20 Frankstücke	9 20	— —	9 27	9 29
Russische Imperiale	— —	— —	9 55	9 60
Silber	— —	— —	114 50	115 —

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemysl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.
von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.
von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.
von **Granica** nach Szczakowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vorm. 2 Uhr 15 Min. Nachm.
von **Szczakowa** nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vorm. 2 Uhr 26 Min. Nachm., 7 Uhr 56 Min. Abends.
von **Przemysl** nach Krakau 9 Uhr Morgens.
von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemysl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.
in **Przemysl** von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachm.
in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe der Tage von	bis
23	2	330''' 52	+ 4°8	80	SW. schwach	heiter mit Wolken			
	10	30 50	1°7	89	WSW. „	heiter		+ 0°8	+ 4°8
24	6	30 29	1°4	93	SW. still	trüb			

Druck und Verlag des **Karl Budweiser.**